

Vorwärts

Sozialdemokratische Tageszeitung für Halle und den Bezirk Merseburg

Das „Vorwärts“ erscheint mit inhaltlichen Beilagen sowie „Welt und Zeit“. Es ist Substitutionsorgan der großdeutschen u. vormaligen, Organ der sozialdemokratischen Partei. Organ der Arbeiterbewegung. Schriftleitung: Dr. W. Müller, Halle, Markt 1, Tel. 2407, 2408, 2409. Persönliche Anwesenheit mit dem von 12 bis 1 Uhr. — Unentgeltlich durch den Postboten zu den Adressierten zu bringen.

Bezugspreis monatlich 2,00 Mk. u. 4,50 Mk. Subskriptionsgebühr, inkl. Post 2,20 Mk. für Abnehmer wöchentlich 0,20 Mk. Subskriptionspreis 2,20 Mk. durch Subskription monatlich 2,00 Mk. bei direkter Einzahlung an den Verlag 2,00 Mk. — Einzelpreis 15 Pf. im Einzelverkauf und 20 Pf. im Kleinverkauf bei den Verkäufern. Druckerei: Dr. W. Müller, Halle, Markt 1, Tel. 2407, 2408, 2409. Verlagsnummer 20319 1/2

Folgen der Schacht-Diktatur

Berlin in Finanznöten

Die amerikanische Anleihe abgelehnt Dafür Erhöhungen der städtischen Tarife

Ende November hatte die Stadt Berlin mit amerikanischen Banken einen Anleihevertrag über 15 Millionen Dollar, das sind mehr als 60 Millionen Reichsmark, abgeschlossen. Fast drei Wochen hat die von dem Reichspräsidenten Dr. Schacht beauftragte Beratungskommission bestanden, um überhaupt erst zu dieser Frage Stellung zu nehmen. Die entscheidende Sitzung war am gestern mittag 12 Uhr angelegt. Jetzt kommt die alarmierende Nachricht, daß die Beratungskommission ihre Sitzung auf unbestimmte Zeit verlagert hat.

Diese Verzögerung kommt einer Ablehnung der Amerika-Anleihe der Stadt Berlin gleich. So werden die Bemühungen der deutschen Reichsregierung, aus ihrem Finanznotstand herauszukommen, sabotiert.

Der Leiter dieser Sabotageaktion ist der Reichsbankpräsident Dr. Schacht. Er will seine Zeit Jahr und Tag betrieblische kommunale öffentliche Politik mit der finanziellen Abwärtung der deutschen Reichshauptstadt treiben.

Die Stadt Berlin tritt amüßig mit, daß zur Tilgung des ihr unter Führung der Sozialdemokratie geschätzten kurzfristigen Kredits vom 1. Januar an folgende Tarifierhöhungen eintreten müssen:

1. Erhöhung des Verkehrsstarifes von 20 auf 25 Pf. pro Kilometer für Niederfahrtschein, wobei die endgültige Regelung durch einen neuen Tarif, der dieselben Befahrerträge bringen müßte, den Beratungen der zuständigen Instanzen vorbehalten bleibt.
2. Erhöhung des Elektrizitätsstarifes von 16 auf 20 Pf. pro Kilowattstunde für Niederspannung, wobei wieder die Schaffung eines neuen Tarifes unter Berücksichtigung der feststehenden Gebühren der Kleinstverbraucher vorbehalten bleibt. Die notwendige Räumung der langfristigen Verträge für Hochspannung ist bereits erfolgt.
3. Erhöhung des Wasserstarifes von 15 auf 20 Pf.
4. Erhöhung des Gasstarifes von 16 auf 18 Pf.

Die Reichsparteien der Berliner Stadtverordnetenversammlung fordern anlässlich der zum 1. Januar geplanten Tarifierhöhungen die sofortige Einberufung einer außerordentlichen Stadtversammlungsitzung.

Die Reichspresse und zwar insbesondere die Blätter des Herrn Eugenberg, geben die Tarifierhöhungen der Berliner Magistrats unter Auslegungen wieder, die an selbstler Demagogie nichts zu wünschen übrig lassen. Ferner ist man bereits dabei, große

Protestaktionen zu inszenieren. An der sicheren Seite des Volkensiebes dürfen auch diese demagogischen Tricks nichts ändern.

Der Kredit für Berlin.

Der Kredit für Berlin wird laut „Vollständer Zeitung“ der Stadt von dem unter Führung der Sozialdemokratie stehenden Preussensparlament gegeben, mit dem die Verhandlungen gefahren begonnen haben. Die Reichsbank nimmt nur eine Stillschaltung ein, indem sie unter Umständen zum Reibstorn bereit ist. Wie hoch die Gelder sein werden, die Berlin erhält, steht noch nicht fest. Berlins Verbindlichkeiten am 31. Dezember betragen etwa 60 Millionen Mark, also gerade so viel, wie der Amerika-Kredit hätte betragen sollen. Etwa 40 Millionen kurzfristige Forderungen, über deren Prolongation jetzt verhandelt werden soll. Werden sie verlängert, so vermindert sich der neue Kredit um beträchtliche Beträge. Auch hier, die Finanzfrage ist noch keine Angelegenheit.

In Frage kommt ein Betrag von etwa 45 Millionen Mark, also nur 15 Millionen weniger als die Stadt Berlin erhalten hätte, wenn die Beratungskommission dem Amerika-Kredit zugestimmt hätte.

Angelöste Schwierigkeiten

Man hofft in Regierungskreisen auf Verständigung.

Berlin, den 17. Dezember.

Amüßig wird mitgeteilt:

Am Montagabend fand unter Vorsitz des Reichsbankpräsidenten eine Besprechung des Reichsabkommens mit den Führern der Regierungsparteien über das Sofortprogramm statt. Dr. Schacht nahm an den Verhandlungen teil. Die Parteiführer bekräftigten ihren Willen, das Sofortprogramm noch im Laufe dieser Woche durchzuführen.

In unterrichtlichen Kreisen wird angenommen, daß die hinsichtlich des Programms noch bestehenden Schwierigkeiten im Laufe des heutigen Tages behoben werden. Das gleiche gilt hinsichtlich der Anleihefrage.

Eine große Schwierigkeit besteht vor allem bei der Beschaffung des 300-Millionen-Kredits für das Reich zur Überwindung der Illinoiserückstände.

Reichspräsident Schacht, der seine vom Auslande geschaffene diktatorische Macht dazu benutzt hat, den Berlin von einem amerikanischen Bankhaus bereits geschlossenen 60-Millionen-Kredit zu verhindern, bereitet auch der Anleihe des Reiches große Hindernisse.

In den letzten Tagen war angenommen worden, daß die Behörden von Schacht durch die Erhöhung des Sofortprogramms mit seinen 300 Millionen Reichsmark die notwendigen Mittel zuführen würden. Am Montag hat Schacht jedoch seine alten Gedanken von neuem erhoben und ist auch in einer Unterredung mit dem Reichspräsidenten nicht davon abgegangen. Schacht fordert, daß vor der Aufnahme der geplanten Anleihe entweder für 500 Millionen neue Steuern eingeführt oder auf der Ausgabe Seite die erforderlichen Mittel beschaffen werden.

Da die in dem Sofortprogramm vorgesehenen Lasten von 300 Millionen Mark erbringen soll, sind nach den Berechnungen Schachts nur 200 Millionen weitere Einnahmen entweder durch neue Steuern herbeizuführen oder an den bisherigen Ausgaben des Reiches zu streichen. Er wünscht zu diesem Zwecke vor allem die

sofortige Erhöhung der Biersteuer, eine Forderung, gegen die sich in allen Parteien ein erheblicher Widerstand zeigt. Außer den von der Sozialdemokratie und der Reichsparteien vertretenen Parteien, sind in den anderen Parteien Stimmen mehr politischer Art zu vernehmen. Man hält es allgemein für unträglich, daß Schacht sich mehr und mehr als Diktator Deutschlands aufstellt.

Auch sonst sind innerhalb der Regierungskreise

Sozialdemokratie und Finanzreform

Stellungnahme verschiedener Parteioptionen gegen die Steuerdiktatur Schachts und der Industrie

Berlin, 17. Dezember.

Die Berliner Funktionäre nahmen am Montagabend ein Referat des Finanzabteilungsleiters der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion Wilhelm Keil über „Den Kampf um die Finanzreform“ entgegen. Die Veranstaltung wurde mit der Annahme folgender Entschließung beendet:

„Die Funktionärversammlung der SPD. erklärt in dem von der Reichsregierung geplanten Finanzprogramm eine erneute Belastung der deutschen Arbeiterklasse. Sie fordert von der Reichstagsfraktion im Kampf um die Verteilung aller Kräfte für die Bekämpfung der Steuerforderungen einzuwirken, welche die Zahl der arbeitslosen Menschen erhöhen. Eine weitere Beteiligung der SPD. an der Reichsregierung liegt nur dann im Interesse des arbeitenden Volkes, wenn es gelingt, die Forderungen des Reichsverbandes der deutschen Industrie und der bürgerlichen Parteien abzuwehren, die sich gegen die Arbeiterklasse richten.“

Die Sozialdemokratie soll ablehnen.

Chemnitz, 16. Dezember. (Eig. Drahtber.)

Der Bezirksvorstand Chemnitz-Etzgebirge der Sozialdemokratischen Partei nahm nach einem Referat des Reichstagsabgeordneten Ströbel über die politisch-parlamentarische Lage eine Entschließung an, in der es u. a. heißt:

„Der Bezirksvorstand bedauert, daß in dem jetzigen Kampf um die wichtige Reichsfinanzreform die Verbindung zwischen Partei und Ministerien am schnellsten möglich unterbrochen war. Mit aller Schärfe ist hervorzuheben, daß die Minister als die Vertrauensleute der Partei eine von der Finanzbürokratie suggerierte Politik machen, von der sie wissen, daß die Reichstagsfraktion die Verantwortung dafür nicht übernehmen kann. Der Bezirksvorstand ersucht die Reichstagsfraktion und Parteileitung, die Finanzreform des Reichs abzuweisen und als nächste

Partei der Koalition einen eigenen Finanzplan anzuarbeiten, der eine gerechtere Verteilung der Lasten vorsieht. Beharren die Gegner auf ihrem volkfeindlichen Plan, dann muß die Sozialdemokratie die Verantwortung für den Young-Plan und die Reichsfinanzreform den bürgerlichen Parteien überlassen und durch Austritt aus der Regierung und Appell an das Volk den Boden für eine neue Entschließung vorbereiten.“

Die deutschen Verluste in Oberschlesien.

Am Sonntag sind die Kommunalwahlen in Oberschlesien abgeschlossen worden. Die Wahlen ergaben in den Städten einen Stimmenverlust der deutschen Wähler um durchschnittlich zehn Prozent. In Groß-Baldwin verlor die Wahlgemeinschaft der deutschen bürgerlichen Parteien von 29 Wählern 6. Die deutschen Sozialdemokraten gingen von 3 Wählern auf 2 zurück. Auch sonst hat die deutsche Sozialdemokratie ähnlich wie die deutschen bürgerlichen Parteien im Vergleich zu den letzten Wahlen sowohl in den Städten wie auf dem Lande Stimmen verloren.

Zu Hause bleiben!

Jeder Sozialdemokrat und Republikaner hat die Pflicht, durch Aufführung seiner Volksgenossen sich mit aller Kraft für das Scheitern des Volkensiebes der Jungenberger einzusetzen. Warum? Wehalb? Sagt den Volksgenossen, daß Bankier Dr. Reichler, einer der deutschen Sachverständigen bei den Pariser Reparationsverhandlungen, am 4. Oktober 1929 vor dem Hauptauschuß des Deutschen Industrie- und Handelsrates erklärt hat:

Wärde der Young-Plan abgelehnt, so bliebe der Dawes-Plan mit seinen erheblich höheren Lasten in Kraft. Die fremden Kontrollen und Pfänder behielten Gültigkeit.

heit, die dritte Zone würde besetzt bleiben und Deutschland würde neben einer sehr erschwerten außenpolitischen Lage einer äußerst bedrohlichen wirtschaftlichen Krise entgegengehen.

Bernst aus dieser Warnung des deutschen Sachverständigen, der sein Urteil nicht leichten Herzens, sondern nach sorgfältiger Erwägung aller für und Wider äußert. Wer den Sprung ins Dunkle nicht mitmachen will — jeder Mann, jede Frau von gesunder Vernunft — beteiligt sich nicht an dem großen Unfug der sogenannten Volksabstimmung, sondern er ermahnt, wo immer er es kann:

Bleibt am 22. Dezember zu Hause!

Wen noch erhebliche Widerstände zu überwinden. Im Plenum des Reichstages ist am Montag die Vorlage der Arbeiterregierung in erster Lesung beraten worden. Die Regierungsparteien haben sich an der Debatte nicht beteiligt. ...

Erfolg der Arbeiterregierung

Über auch kritische Tage stehen bevor

London, 16. Dezember. Das Unterhaus hat das Arbeitslosen-Versicherungsgesetz in dritter Lesung mit 378 gegen 199 Stimmen angenommen. Das Gesetz geht nunmehr an das Oberhaus.

Ueber die Frage, ob der konservative Antrag auf Verringerung der Kohlensteuer bei der Unterhausabstimmung am Donnerstag angenommen werden wird, sind die Ansichten geteilt. Da die Liberalen zwar die Vorlage in ihrer jetzigen Form bekämpfen, aber mit verschiedenen Einsparungen wie z. B. der Beizügung der Arbeitslosen einverstanden sind, gilt es als gewiss, daß sie einem Antrag zustimmen werden, der die ganze Vorlage in Beschluß und Bogen demütiert. 'Times' meint, die Liberalen befinden sich in einer schwierigen Lage, nur wenige Unterhausmitglieder glauben aber, daß sie in der gegenwärtigen Zahl erscheinen werden, um die Vorlage zu Fall zu bringen. Die Regierungsmehrheit dürfte sich am Donnerstag erheblich vermindern, aber eine Niederlage wird nicht erwartet, besonders, da man allgemein glaubt, daß der Premierminister sich in diesem Fall für berechtigt halten würde, den Rücktritt der Regierung zu erklären.

vor weitgehenden Freidrehungen geschützt werden, zu weit. Auch wird die Erhöhung von Zinsfuß verlangt, die das Kabinett unter dem Einfluß der Sozialdemokratie abgelehnt hatte.

Die beiden Vorlagen, aus denen das Sofortprogramm besteht, sind zwar am Montag von den Parteien unterzogen und als Antisozialistengesetz eingestuft worden. Aber auch bei ihrer Schließung können ebenfalls noch Schwierigkeiten auftreten. Die Vorlage über die Erhöhung der Zersetzungsgebühr um 1/2, die Einführung der Röntgensteuer für die Zigarettenindustrie. Durch diese Maßnahmen, die bis zum Jahre 1936 gelten sollen, würde der Privatkonsum des Zigarettenrauchs zu einem staatlich monopolisierten System gemacht werden. Der Sozialdemokrat ist es gelungen, in den Besprechungen der Regierungsparteien die Dauer der Röntgensteuererhöhung bis zum 31. März 1931 zu begrenzen. Ingleich ist eine neue Bestimmung eingefügt worden, deren Zweck es ist, wesentliche Preissteigerungen für den Verbraucher und eine übermäßige Einschränkung der Sparte für den Konsumenten zu verhindern. Der andere Teil des Sofortprogramms, die Erhöhung der

Beiträge zur Arbeitslosenversicherung um 1/2 Prozent soll bis zum 30. Juni 1930 gelten. Die Deutsche Sozialpartei wollte die Beitragserhöhung lediglich bis zum 31. März 1930 zugestehen. Diese Vorlagen sollen bis Ende der Woche erledigt werden.

Am die Befriedung Nordafrikas.

Italienisch-französische Grenzstreitigkeiten.

Paris, 16. Dezember. (Eig. Draht.) In französischen politischen und diplomatischen Kreisen hat man mit höchster Verwunderung gewisse Redungen der englischen und amerikanischen Presse zum Kenntnis genommen, denen zufolge Italien bereit sei, seine Forderungen auf volle Flottegleichheit mit Frankreich aufzugeben. Dieses Zugeständnis soll allerdings an die Bedingung geknüpft sein, daß die Ängsten noch ungeklärten Fragen in den Beziehungen der beiden Mächte gegenüber Italien gelöst werden.

Es scheint sich bei den genannten Nachrichten um einen Verwechslung zu handeln. Warum es sich bei den Ängsten „noch ungeklärten Fragen“ handelt, weiß man aus den immer wieder vertagten Verhandlungen um den Abschluß eines französisch-italienischen Freundschafts- und Nachbarschaftsvertrages: um das Niederlassungsrecht der Italiener in Tunis und um die Grenzveränderungen zwischen Tripolis, Tunis und Zentralafrika. Ob aber Frankreich, dessen frühere Angelegenheiten von Rom ohne Diskussion abgelehnt worden waren, sich jetzt zu weiteren Entgegenkommen bereit finden sollte, scheint mehr als fraglich.

Kein Weihnachtsfest in der Sowjetunion.

Moskau, den 17. Dezember.

In Moskau, Leningrad und vielen anderen Städten hat eine Antweihnachtskampagne eingesetzt. In Betrieben und Klubs werden zahlreiche antweihnachtliche Vorträge gehalten. Die Delegierten derjenigen Betriebe, welche die unannehmlichen fünfjährigen Arbeitswochen noch nicht eingeführt haben, beschließen am 20. Dezember ihrer Arbeit nachzugehen und ihren gesamten Tageslohn an den Industriearbeitslosenfonds abzuführen. Dem Wunsch der Arbeiterschaft entsprechend, hat der Zentral-

Leitungsführung in Stadttheater

„Fleg“, roter Adler von Tirol!

Schauspiel in drei Akten von Fred K. Angermayer. Da unten im schwarzen Tirol, dem Stammland des Herminiden, dort, wo einst Androsos Opfer mit seinen Stammesbrüdern für den Falschbürger Doppelkämpfe kämpfte, spielt das von dem Tirolerprezident Angermayer verfasste Volksstück. Dazu bestimmt, seinen Landesherrn so eine Art Zeugnisschreiben zu verlesen. Gewiß ist es wahr, daß Aristokraten Erdbeben und Bureaucraten mit brutalen Gewalt und allerlei schändlichen Schikanen die Bescheidenen der Tiroler zu machen verstanden. Gewiß ist der Widerstand, den die Südtiroler den schändlichen Bestrebungen entgegensetzten, ebenso anerkenntswert wie die Hülfe, die ihnen allseitig gewährt wird. Gewiß lohnt es sich, aus diesem Grenzgebiet, wo alles durcheinander läuft und sich gegenseitig beargwöhnt, den Stoff zu einem Drama zu holen; zu einem Volksstück, das, selbst in den witzigsten Gesellschaften, eine Anklage gegen die durch Eroberungskriege genährten Unterdrückungsmethoden hätte werden können. Der Versuch, die beiden der Tiroler, die übrigens auf die „Reiner Jugend“ trotz der ihnen von dort kommenden Hilfe nicht gut zu sprechen sind, dramatisch miteinander zu verknüpfen, mißlingt. Entstanden ist ein unruhiges, flüchtiges Stück, das vielleicht für ein Stummfilm einer Entzweiung des Vereins für das Deutschtum im Ausland gerade noch genügen mag, dessen handgreifliche Unterbreitungen auf einer schiefen Bühne jedoch einfach abstoßend wirken. Für diese Tiroler, die Angermayer da auf die Bühne stellt, für ihre nur auf Theaterwirkung berechneten Bemühungen kann man sich nicht erwidern. Die unangenehme Bemerkung des Deutschtums, die dementsprechend Wert gegenüber den Italienern, die demgegenüber den Fremden und Wohlwollenden wider, wenn man diese den Fremdenbegriff noch sehr liebend, Wohlwollender genauer bekennt, einfach abstoßend.

Silberding spricht im Reichstag



Russische Schloffer.

Vortrag im Kunstgewerbe-Verein.

Im Rahmen der dienstlichen Veranstaltungen des Kunst-Vereins und Kunst-Gewerbe-Vereins sprach gestern Abend Dr. Graf von Saffort in einem Richtbildvortrag über „Russische Schloffer“. Er betonte anfangs, daß die Sowjet-Regierung sich unzureichend verdient um die Erhaltung der in den Schloffern der ehemaligen Zarenzeit ausgestellten Kunstschätze erworben hat. Fast alle Schloffer wurden in ihren ursprünglichen früheren Zustand versetzt und so dies nicht möglich war, die Kunstschätze wurden anderweitig. Allerdings kommen in letzter Zeit die russischen Kunstschloffer insofern in Gefahr, als die Sowjet-Regierung sich gesonnen sieht, um ausländische Valuten ins Land zu bringen, Kunstwerke nach dem Auslande zu verkaufen. Die russischen Schloffer, die heute noch sicher und deren Braut man heute noch bewundert, stammen aus der Zeit der Reform Peters des Großen und vor allem aus der Regierungszeit Pauls I., der, wie wenig bekannt sein dürfte, nicht nur der „wahnsinnige Despot“, wie ihn Alfred Neumann in seinem Roman „Der Patriot“ schildert, sondern auch ein feinsinniger Kunstfreund und Sammler war. Eine hoheländische Kunstschloffer sind in Rußland nicht. Engländer, Franzosen und Deutsche waren die Baumeister dieser Schloffer, die meist mehr Prunk und Rohheit als Stil vertrat. Barock und Empire vor allem seien zu erwähnen. Rote Steinfassaden werden bis mit gemauert und begoldetem Grund پوشen verkleidet. Im Innern sehen Licht- und Verzierungsarbeiten der Bauherren in Erhalten und geben dem heutigen Rußland ein charakteristisches Bild von einer Welt, die ihre Werte, Ehrwürde und Kunst hinter pompöse äußerer Macht- und Prunkfassaden zu verbergen suchte. Dr. von Saffort zeigte vor allem Richtbilder aus dem viel umtrieben bei Peterburg gelegenen Schloßern: Peterhof, Zarskoe Selo, Gatchina und Michailowsk. Seine Ausführungen, die von interessanten persönlichen Erlebnissen durchsetzt waren, erzielten lebhaften Beifall. G. G.

Das ist Amerika!

Ein bebenhaftes Memoirentext. In Frankreich ist erjährt gegenwärtig, wie die literarische Welt mittels, eine neue Ausgabe der Lebenserinnerungen des Grafen Zilly, der als Vize der italienischen Kaiserin Maria Antoinette Geiselhaft war, das Leben am Hofe des Königs Ludwig XVI. von Frankreich, also ein Stück französischer Revolutionsgeschichte, zu beenden. Das inhaltlich sehr ausführliche Werk gehört zu den großen Dokumenten unter den historischen Dokumenten vom Ausgang des 18. Jahrhunderts und ist seit dem Erscheinen der ersten Auflage im Jahre 1828 kaum noch aufzutreiben gewesen.

Ich kann mein Werk nicht noch der Mode weihen und zuweilen, wie sie's haben wollen: das Reue und Originelle giebt's fast, ohne daß man dazu denkt. Beethoven

330 Jahre Justizhaus

Zurückbau Hofstraßen in der Gartenstraße, 12. Dezember. (Eig. Draht.)

Am Montagvormittag wurde in dem Justizprozeß gegen die Kommunisten wegen Straßenzugangs der Hofstraßen in 15 Jahre Justizhaus. Die Angeklagten wurden zu je 24 Jahren Justizhaus verurteilt. Die Strafen der übrigen verurteilten Angeklagten betragen bis zu fünf Jahren und 10 Jahren Justizhaus. Ausgesetzt wurden 330 Jahre Justizhaus und 5 1/2 Millionen an Geldstrafe verhängt. 2000 Angeklagte wurden freigesprochen. Einzelne Verurteilten konnten keinen der Angeklagten nachgewiesen werden.

Keine Abrüstung zur See.

Frankreich kräftigt sich gegen internationale Seezerstörungen.

Die französische Regierung ist sich am Montag darin schuldig geworden, auf der Londoner Seeabstimmungskongress den Standpunkt vertreten zu lassen, daß jede Flottenmacht nur eigene Flotten effizient handeln soll. Frankreich würde sich am etwa 900 000 Tonnen, ebenfalls wie vor dem Krieg, beschränken. Gegenwärtig verfügt Frankreich über eine Flotte von rund 700 000 Tonnen, von denen 250 000 Tonnen im Dienst stehen. Der Rest befindet sich noch im Bau. Italien besitzt eine Flotte von 400 000 Tonnen, davon 270 000 Tonnen im Dienst und 120 000 Tonnen im Bau.

Selbstmord des Führers der chinesischen Aufständischen.

Kanton, 16. Dez. (Reuter.)

Wie am Montag mitteilt wird, hat Zhangfang, der Führer der Aufständischen, in den letzten Wochen der Nationalregierung große Schwierigkeiten in Südhina bereitet hat, am 12. Dezember Selbstmord begangen, nachdem sein Versuch, die Stadt Kanton der Regierungstruppen zu entreißen, mißlungen war. Wenn sich die Todesmeldung bestätigt, so dürfte eine starke Einwirkung auf die Stimmung der anderen Aufständischen zu erwarten sein.

Die Nachbarn wollen demokratisieren

Föderalismus in Göttingen.

Als die zur Auffüllung des Göttinger Stadtschloßes eingeleitete Föderalismus am 11. März in der vorletzten Nacht zum erstenmal erhoben werden sollte, kam es zu einem förmlichen Aufruhr. Aus Protest schlossen am diese Zeit sämtliche Lokale ihre Türen, und wie auf ein Alarmzeichen sammelten sich die dadurch zwangsläufig an die Straße auf bedrückten Gäste in den Straßen. Rärmel und singend zog man nach der Wohnung des Oberbürgermeisters, die aber schließlich durch Verbeugung der Polizei gestillt wurde. Die Polizei brachte die Menge in die Straßen. Hier verhielt man sich überaus ruhig. Der Schloffer von einem Gartenquartier herab aufgereizten Geistes die Berechtigung der Föderalismus-Bewegung marktzu machen. Schließlich Polizei und Wachen waren die Antwort. Das Volk schritt schließlich zu vielen Verhaftungen. Die Stadtverwaltung hat sofort dem Stadtrat infolge des allgemeinen Widerstandes gegen die Föderalismus die vorläufige Aufhebung der Verordnung anbegehren.

